



Antonia Hagedorn

Die Beschränkung ausländischer Direktinvestitionen in sicherheitsrelevante zivile Unternehmen

Eine verfassungs- und unionsrechtliche Analyse außenwirtschaftsrechtlicher Vorschriften unter besonderer Berücksichtigung von Medienunternehmen

Schriften zum Wirtschaftsrecht, Band 349

Abb., 457 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18938-0, € 119,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428189380

Die sektorübergreifende Investitionsprüfung im nationalen Außenwirtschaftsgesetz und in der nationalen Außenwirtschaftsverordnung erlangt sowohl politisch als auch rechtlich zunehmend an Bedeutung. Hierzu ist auf europäischer Unionsebene die Screening-Verordnung hinzugetreten. Das gewachsene Aufsehen ausländischer Direktinvestitionen manifestierte sich erst kürzlich im Anteilserwerb des chinesischen Staatsunternehmens COSCO am Hamburger Hafenterminal Tollerort. Auch für die rechtliche Beratung gelangte das einstige »Nischenthema« erheblich in den Fokus. Diese Studie nimmt das aktuelle nationale Prüfregime zum Anlass und widmet sich der Frage, ob dieses verfassungs- und unionsrechtskonform ist. Hierbei zeigt sich, dass es wegen tatbestandlicher Unbestimmtheit und Unverhältnismäßigkeit einer Reform des Rechtsrahmens bedarf. Neben Handlungsempfehlungen für den praktischen Umgang mit dem Mechanismus werden Reformvorschläge entwickelt.

Inhalt

1. Einleitung

2. Rechtlicher Rahmen der Investitionskontrolle:

Rechtsrahmen durch die nationalen Vorschriften —
Rechtsrahmen durch die europäischen Vorschriften —
Einordnung der nationalen Entwicklung anhand eines
Überblicks zu den Rechtsrahmen der Investitionskontrolle im internationalen Vergleich

3. Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem nationalen Verfassungsrecht:

Grundrechtsberechtigung der betroffenen Unternehmen gem. Art. 19 Abs. 3 GG — Mögliche Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die Meldepflicht (§ 55a Abs. 4 Satz 1 AWV) — Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die prüfverfahrensrechtlichen Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen — Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung (§ 59 Abs. 1 Alt. 1 und Alt. 2 AWV) — Grundrechtsverletzung des Anteilseignerunternehmens durch die deutschen Investitionskontrollvorschriften, insb. auch

durch § 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 AWG — Zwischenergebnisse zur Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem nationalen Verfassungsrecht

4. Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem europäischen Unionsrecht:

Mögliche Unionsrechtsverletzung durch die Meldepflicht (§ 55a Abs. 4 Satz 1 AWV) — Unionsrechtsverletzung durch die prüfverfahrensrechtlichen Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen — Unionsrechtsverletzung durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung (§ 59 Abs. 1 Alt. 1 und Alt. 2 AWV) — Zwischenergebnisse zur Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem europäischen Unionsrecht

5. Fazit und Ausblick:

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse in Thesen — Handlungsempfehlungen für Unternehmen in der Praxis — Reformvorschläge für die aktuellen Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung

Literatur- und Stichwortverzeichnis